

Giesskannenprinzip fällt durch

Am Mittwoch hat der Grosse Rat über eine Parlamentarische Initiative zu den Krankenkassenprämien abgestimmt.

Sabrina Bächli

Fast alle Fraktionen sind gespalten. Das zeigt sich in der Diskussion über die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative «Maximaler steuerlicher Abzug der Krankenkassenprämien der Realität anpassen». Mit sechs Erstunterzeichnern aus fast allen Parteien und 53 Mitunterzeichnenden ist die Initiative mit stabilen Erfolgsaussichten gestartet.

Der Vorstoss will, dass der steuerliche Abzug der Krankenkassenprämie erhöht wird. In Zahlen würde dies etwa für ein Ehepaar einen maximalen Abzug von 8400 Franken bedeuten. Das sind 1400 Franken mehr als bisher. Das Hauptargument der Vorstösser: «Die Krankenkassenprämien sind jedes Jahr gestiegen, der Abzug ist gleich geblieben», sagt Aufrecht-Kantonsrat Robin Spiri (Amriswil). Dies will man mit der Initiative ausgleichen.

Doch Robin Spiri ist auch der Schwachpunkt seines Anliegens klar. Aufgrund des progressiven Steuersystems würden Personen mit hohem Einkommen leicht mehr vom Abzug profitieren. «Aber», sagt Spiri, «wer mehr verdient, muss auf das Einkommen auch mehr Steuern zahlen». Durch die Erhöhung des steuerlichen Abzugs würden alle profitieren, insbesondere jedoch der breite Mittelstand, ist er überzeugt.

Prämienverbilligung anpassen

Die Regierung ist anderer Meinung. Man nehme die steigenden Krankenkassenprämien ernst und «hat Verständnis für das Anliegen». Allerdings sind der Exekutive die hohen Kosten respektive die Mindereinnahmen ein Dorn im Auge. Genauso wie der Umstand, dass von den steuerlichen Abzügen in erster Linie Gutverdienende profitieren würden.

Der Regierungsrat schlägt in seiner Antwort deshalb vor, die individuelle Prämienverbilligung anzupassen. Im vergangenen Jahr habe man den budgetierten Betrag um 10 Millionen Franken erhöht. «Die Ausgaben von insgesamt 174 Millionen Franken stellen mittlerweile eine der grössten Ausgabenpositionen in der Staatsrechnung.» Angedacht ist, die vorhandenen Mittel neu auf einen grösseren Bezückerkreis aufzuteilen. Die finanzielle Entlastung käme so auch dem unteren Mittelstand zugute.

Dem Kanton würden 9 Millionen fehlen

Würde die parlamentarische Initiative umgesetzt, so würde das Mindereinnahmen von rund 21 Millionen Franken für alle Körperschaften bedeuten, schreibt der Regierungsrat. In der aktuell angespannten finanziellen Situation sei dies keine gute Idee. Der Kanton hätte bei der Umsetzung der Initiative über 9 Millionen Franken weniger Einnahmen. Die politischen Gemeinden müssten auf 4,4 Millionen,



Aufrecht-Kantonsrat Robin Spiri wollte den steuerlichen Abzug für Krankenkassenprämien erhöhen. Sein Vorstoss fand keine Mehrheit im Grossen Rat.
Bild: Andrea Tina Stalder

Schulgemeinden auf 6,9 Millionen und Kirchengemeinden auf rund 1,5 Millionen Franken verzichten.

Das Angebot der Regierung, bei Ablehnung der Initiative die Prämienverbilligungen auf einen grösseren Bezückerkreis zu verteilen, scheint einigen Legislativmitgliedern verlockend. Weiter ist auch die finanziell angespannte Situation des Kantons ein Grund, die Initiative abzulehnen. So sagt beispielsweise die Mehrheit der SVP-Kantonsräte Nein zur Initiative. «Der Steuerabzug käme vor allem den Gutsituierten zugute. Das kann nicht das Ziel sein in einer Situation, in der der Staat sparen muss», sagt Hans Stark (SVP, Neukirch a.d. Thur).

FDP-Kantonsrat Fabrizio Hugentobler (Frauenfeld)

«Auch Kantonsräte können gescheitert werden – und das ist in diesem Fall passiert.»



Urs Martin, Regierungsrat
Chef Finanzen und Soziales

spricht von einem verlockenden Kuchen, den die Initiative bietet. Er ruft den Rat jedoch dazu auf, der Versuchung zu widerstehen. «Der Abzug ist weder nachhaltig noch gerecht», sagt er. Die FDP findet, dass es andernorts bei den Steuern sinnvoller wäre, Ausgaben abziehen zu können. Etwa bei der Kinderbetreuung oder fürs Pendeln. Auch ein Grossteil der Fraktion Mitte/EVP lehnt die Initiative ab. Genauso wie die SP und die Grünen. Es müsse eine andere Möglichkeit geben, Bedürftige zu entlasten, ohne ein Giesskannenprinzip anzuwenden, heisst es vonseiten der SP.

Für Geringverdienende ändere sich wenig

Simon Vogel von der Grünen-Fraktion sagt, dass seine Partei

«Es klingt nach einem verlockenden Kuchen, aber wir müssen der Versuchung widerstehen.»



Fabrizio Hugentobler
FDP, Frauenfeld

mit dem Anliegen, Steuerpflichtige mit einem Abzug von den Erhöhungen der Krankenkassenprämien zu entlasten, grundsätzlich einverstanden sei. «Der Vorstoss ändert für Geringverdienende jedoch wenig an ihrer aktuellen Situation.»

Patrick Siegenthaler (Mitte, Herdern) spricht für die Minderheit in seiner Fraktion. Er betont, dass trotz stetiger Erhöhung der Krankenkassenprämien die Abzüge nicht angepasst wurden. Weiter: «Durch die Erhöhung der Abzüge profitiert ein grosser Teil der Bevölkerung.»

Geschlossen für die parlamentarische Initiative sprechen sich die GLP sowie die Fraktion EDU/Aufrecht aus. Alexander Sigg (GLP, Wallenwil) spricht gar von einer versteckten Steuererhöhung, wenn die Ab-

«Der Vorstoss kommt Gutsituierten zugute. Das kann nicht das Ziel sein, wenn der Staat sparen muss.»



Hans Stark
SVP, Neukirch a.d. Thur

züge analog zur Prämienhöhung nicht angepasst würden. EDU-Kantonsrat Andreas Sigg (Guntershausen) macht gar darauf aufmerksam, dass der heutige Regierungsrat Urs Martin 2019 selbst eine fast identische Forderung stellte.

73 Kantonsräte lehnen die Initiative ab

Diese Steilvorlage in seine Richtung nimmt Regierungsrat Urs Martin auf. «Die Zeiten waren noch andere, die finanzielle Situation des Kantons rosiger», sagt er. Seit 2019 habe sich viel geändert. Der Steuerfuss wurde gesenkt, die Liegenschaftsteuer vom Parlament abgeschafft. «Es gab mal Kantonsräte, die genau diese Erhöhung des Steuerabzugs forderten, aber auch die können gescheitert werden – und das ist in diesem Fall passiert», sagt Martin mit Bezug auf sich selbst.

Zum Vorstoss sagt er: Ich mache Ihnen ein Beispiel: Ich würde davon profitieren, aber ich brauche es nicht. Über die Anpassung bei der Prämienverbilligung könne man gezielter agieren. Die Anpassung der Bemessungsgrundlage sei der feste Wille der Regierung, versichert Martin. Ich bitte Sie, den guten Willen der Vorstösser zu verdanken, aber die Initiative nicht für erheblich zu erklären.

Am Ende ist der Fall klar: Lediglich 32 Legislativmitglieder wollen die parlamentarische Initiative zur Erhöhung der steuerlichen Abzüge vorläufig unterstützen. Zwei enthalten sich und 73 Kantonsrätinnen und Kantonsräte lehnen die Initiative ab. «Das Geschäft ist somit erledigt», sagt Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) nach der Abstimmung.

Arbeitslosenquote steigt auf 2,5%

Statistik Per 31. Januar 2025 registrierten die drei Arbeitsvermittlungszentren (RAV) im Kanton Thurgau 3824 arbeitslose Personen. Damit steigt die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 101 Personen. Die Arbeitslosenquote steigt um 0,1 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent. Die Arbeitslosigkeit hat, bis auf die Kategorie der über 50-Jährigen, in allen Alterskategorien zugenommen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr) reduzierte sich um 0,2 Prozentpunkte.

Die Zahl der Stellensuchenden ist angestiegen. Seit Ende Dezember 2024 ist die Zahl der Stellensuchenden von 6916 Personen um 53 auf aktuell 6969 Personen gestiegen. Die Quote der Stellensuchenden verharrt bei 4,5 Prozent. (red)

Thurgauer Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
Chefredaktor CH Media: Patrik Müller (pmü).
Geschäftsführung: Thomas Wegmann.
Chief Product Officer: Mathias Meier.
Werbemarkt: Markus Fischer, Paolo Placa.
Nutzermarkt: Bettina Schibli.

Redaktion Thurgauer Zeitung

Chefredaktion: David Angst (da, Chefredaktor TZ), Peter Exinger (pex, Stv., Blattmacher), Christian Kamm (ck, Stv., Leiter Kanton Thurgau).
Kanton Thurgau: Christian Kamm (ck), Sabrina Bächli (sba), Stefan Maroff (ste), Hans Suter (hs), E-Mail: thurgau@chmedia.ch.
Regionalsport: Matthias Hafen (mat), E-Mail: sport@chmedia.ch.

Lokalressorts

Standort Frauenfeld Leiter: Samuel Koch.
Frauenfeld / Untersee: Samuel Koch (sko), Livia Gamper (lig), E-Mail: frauenfeld@chmedia.ch, untersee@chmedia.ch.
Hinterthurgau: Olaf Kühne (kuo), Francesca Sterner (fra), E-Mail: hinterthurgau@chmedia.ch.
Adresse: Schmidgasse 7, 8501 Frauenfeld, Telefon 052 728 32 32, E-Mail: redaktion-tz@chmedia.ch.
Standort Arbon Leiter: Markus Schoch.
Amriswil / Bischofszell: Manuel Nagel (man), E-Mail: amriswil@chmedia.ch, Sheila Eggmann (shi), E-Mail: bischofszell@chmedia.ch.
Arbon / Romanshorn: Markus Schoch (mso), Annina Flaig (aff), Judith Schönenberger (sju), E-Mail: arbon@chmedia.ch, romanshorn@chmedia.ch.
Adresse: Schmidgasse 6, 9320 Arbon, Telefon 071 447 60 60.
Standort Weinfelden Leiter: Urs Brüschiweiler.
Weinfelden: Janine Bollhalder (jbb), Tobias Hug (toh), E-Mail: weinfelden@chmedia.ch.
Kreuzlingen: Urs Brüschiweiler (ubr), Stefan Borkert (bor), E-Mail: kreuzlingen@chmedia.ch.
Adresse: Rathausstrasse 18, 8570 Weinfelden, Telefon 071 626 07 07.

Redaktion St. Galler Tagblatt

Chefredaktion: Stefan Schmid (ssm, Chefredaktor), Jürg Ackermann (ja, Stv., Tagessleiter), David Angst (da, Chefredaktor Thurgauer Zeitung), Noemi Heule (nh, Stv., Tagessleiterin), Daniel Walt (dwa, Stv., Leiter Online).
Ressortleitungen: Christina Genova (gen, Ostschweizer Kultur), Michael Genova (mge, Ostschweizer), Thomas Griesser (T.G., Wirtschaft Ostschweiz), Patricia Loher (pl, Sport), Julia Nehmiz (nj, Appenzeller Zeitung), Simon Dudle (sdu, Toggenburger Tagblatt und Wilser Zeitung), Yvonne Stadler (ys, Produktion und Gestaltung), Daniel Wirb (dwi, St. Gallen / Gossau / Rorschach).
Adresse: Fürstentlandstrasse 122, 9001 St. Gallen, Telefon: 071 272 77 11, E-Mail: zentralredaktion@tagblatt.ch.

Zentralredaktion CH Media

Chefredaktion: Patrik Müller (pmü, Chefredaktor), Doris Kleck (dk, Stv./Co-Leiterin Inland und Bundeshaus), Yannick Nock (yno, Stv./Leiter Online), Raffael Schuppisser (ras, Stv./Leiter Kultur, Leben, Wissen).
Leitung Produktion & Services: Robert Bachmann (bac).
Ressortleitungen: Inland und Bundeshaus: Anna Wanner (wan, Co-Ressortleiterin), Doris Kleck (dk, Co-Ressortleiterin); Ausland: Fabian Hock (fh, Ressortleiter); Wirtschaft: Florence Vuichard (fv, Ressortleiterin); Kultur: Julia Stephan (js, Teamleiterin); Leben / Wissen: Sabine Kuster (ks, Teamleiterin); Sport: François Schmid (fsc, Ressortleiter).
Adresse: Neumattstrasse 1, 5001 Aarau, Telefon: 058 200 58 58, E-Mail: redaktion@chmedia.ch.

Service

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 058 200 55 55.
Technische Herstellung: CH Media Print AG, Im Feld 6, Postfach, 9015 St. Gallen.
Anzeigen: CH Regionalmedien AG, Thurgauer Zeitung, Schmidgasse 7, 8501 Frauenfeld, Telefon 052 728 32 16, E-Mail: inserate-thurgauerzeitung@chmedia.ch.
Auflage und Leserzahlen: Thurgauer Zeitung: Verbreitete Auflage: 22 573 Ex. (WEMF 2024). Gesamtausgabe St. Galler Tagblatt: Verbreitete Auflage: 87 128 Ex. (WEMF 2024). Davon verkaufte Auflage: 82 359 Ex. (WEMF 2024). Leser: 238 000 (MACH Basic 2024-2). Verbreitete Auflage Gesamtausgabe CH Media: 281 743 Ex. (WEMF 2024). Davon verkaufte Auflage: 260 381 Ex. (WEMF 2024).
Herausgeberin: CH Regionalmedien AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau. Die CH Regionalmedien AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der CH Media Holding AG. Beteiligungen unter www.chmedia.ch.
Ombudsmann: Hans Fahränder, ombudsstelle@chmedia.ch, CH Regionalmedien AG, Ombudsstelle, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

ch media